

# NIEDERSCHRIFT

---

Gremium	Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur
Sitzungsnummer	JSSSK/013/21-26
Sitzungsdatum	Dienstag, den 25.04.2023
Sitzungsbeginn	18:30 Uhr
Sitzungsende	20:10 Uhr
Ort	Stadthalle Friedberg (Saal 3/Clubraum 1+2), Am Seebach 2, 61169 Friedberg (Hessen)

## Teilnehmerliste

### Vorsitzende

Frau Martina Pfanmüller

### Mitglieder

Frau Dr. Regina Bechstein-Walther	
Frau Claudia Eisenhardt	in Vertretung für Frau Sybille Wodarz-Frank
Herr Timo Haizmann	
Herr Hendrik Hollender	ab 18:45 Uhr in Vertretung für Herrn Joachim Kunze
Frau Anette Kirsch-Altena	
Herr Joachim Kunze	bis 18:45 Uhr
Frau Michaela Schremmer	
Herr Erich Wagner	
Herr Sven Weiberg	in Vertretung für Frau Anja El Fechtali

### Schriftführer

Herr Holger Kopsch

### Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Dirk Antkowiak	bis 19:40 Uhr
Frau Erste Stadträtin Marion Götz	
Herr Stadtrat Gerhard Bohl	
Herr Stadtrat Alfons Janke	
Herr Stadtrat Siegfried Köppl	
Frau Stadträtin Evelyn Weiß	

### Verwaltung

Herr Johannes Lukas Hölzinger  
Frau Laura Zehbe

### Gäste

Frau Rima Savazian	Mitglied des Ausländerbeirats
--------------------	-------------------------------

### Abwesenheit:

Ausschussvorsitzende Pfanmüller eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß.

Ausschussmitglied (i.V.) Weiberg erhebt Einwand gegen die Tagesordnung. Gemäß Ausschusssitzung JSSSK/009/21-26 vom 06.09.2022 (TOP 2) wurde einstimmig beschlossen, den Antrag 21-26/0339 (Einführung eines Friedberg-Pass) bis zur ersten Ausschusssitzung im Jahr 2023 zurück zu stellen. Bürgermeister Antkowiak sagt zu, diesen Antrag verbindlich auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung mit aufzunehmen.

Ausschussvorsitzende Pfanmüller lässt über die Tagesordnung abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

## Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Mitteilungen der Dezernenten
1.1		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Antrag 21-26/0160 (Begegnung auf der „Kleinen Freiheit“/Hinweisschilder an Skulpturen und Kunstwerken in der Innenstadt)
2	21-26/0772	„Theater Altes Hallenbad“ hier: Kostenentwicklung der baulichen Maßnahme – Mehrbedarf in Höhe von 800.000,- €
3	21-26/0728	Antrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2023; hier: Verbindliche Quoten für geförderten Wohnraum
4	21-26/0764	Bildung eines Jugendrats zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 4c HGO
5		Verschiedenes
5.1		Verschiedenes; hier: Behindertenparkplätze und Behindertentoilette
5.2		Verschiedenes; hier: Sachstand Seniorenbeiratswahl
5.3		Verschiedenes; hier: Fehlender Informationsfluss Rathaus-Seniorenbeirat; unerledigte Anfragen und Anträge

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

**1. Mitteilungen der Dezernenten**

**1.1. Mitteilungen der Dezernenten;  
hier: Sachstand Antrag 21-26/0160 (Begegnung auf der „Kleinen  
Freiheit“/Hinweisschilder an Skulpturen und Kunstwerken in der  
Innenstadt)**

Bürgermeister Antkowiak informiert hinsichtlich Antrag 21-26/0160 (Begegnung auf der „Kleinen Freiheit“ / Hinweisschilder an Skulpturen und Kunstwerken in der Innenstadt) über den aktuellen Sachstand. Die Erfassung von Skulpturen und Kunstwerken ist in Arbeit. Noch im 1. Halbjahr 2023 werden verschiedene Vorschläge zur konkreten Umsetzung erarbeitet und anschließend den Gremien vorgestellt.

Weitere Mitteilungen ergehen nicht.

Die Ausschussvorsitzende dankt dem Bürgermeister für die Mitteilung.

**2. 21-26/0772 „Theater Altes Hallenbad“ hier: Kostenentwicklung der baulichen  
Maßnahme – Mehrbedarf in Höhe von 800.000,- €**

**Beschlussentwurf:**

Um die zu erwartenden Gesamtprojektkosten der Sanierung des „Theaters Altes Hallenbad“ vollständig finanzieren zu können, wird der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mehrkosten in Höhe von 800000,- € zugestimmt.

Ausschussvorsitzende Pfannmüller ruft den Tagesordnungspunkt auf. Bürgermeister Antkowiak erläutert kurz die Beschlussvorlage, verbunden mit einem Dank und eine Würdigung der bisherigen Arbeit des Fördervereins „Theater Altes Hallenbad“.

Erste Stadträtin Götz merkt folgende notwendige Ergänzung des Beschlusstextes an: Der entsprechende Sperrvermerk bei der Investitions-Nr. 4122009 wird aufgehoben.

Weitere Wortmeldungen erfolgen keine.

Ausschussvorsitzende Pfannmüller lässt über die nun wie folgt lautende Beschlussvorlage abstimmen:

**Beschluss in Ergänzung:**

Um die zu erwartenden Gesamtprojektkosten der Sanierung des „Theaters Altes Hallenbad“ vollständig finanzieren zu können, wird der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mehrkosten in Höhe von 800.000,- € zugestimmt. **Der entsprechende Sperrvermerk bei der Investitions-Nr. 4122009 ist aufzuheben.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig mit Ergänzung beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**Antragstext:**

1. Bei Neubauprojekten ist sicherzustellen, dass mit dem Bauherrn ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen wird, zur Bereitstellung von 25% der Geschossfläche (i.S.d § 20 Abs. 3 BauNVO) für den geförderten Mietwohnungsbau. Keine Anwendung findet die Quote beim Bauen für den eigenen Bedarf – also beim Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern. Außerdem auch nicht bei bestehenden Bebauungsplänen und im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB). Bestehende Baurechte bleiben von der Quotenregelung unberührt.
2. Alternativ kann der Bauherr für 25% der Geschossfläche eine Ablösesumme in Höhe von 700 €/qm an die Stadt zahlen. Die Einnahmen sind von der Stadt zweckgebunden an die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft (WoBau) auszuführen, um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (Nettokaltmiete bis 8,50 €/m<sup>2</sup>) zu finanzieren. Die Ablösesumme und die Nettokaltmiete sind jährlich zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Ausschussvorsitzende Pfannmüller ruft den Tagesordnungspunkt auf. Mitglied Wagner erläutert und begründet den Antrag. Die Ausschussmitglieder diskutieren anschließend über diesen Antrag und das Für und Wider einer verbindlichen Quote für geförderten Wohnraum.

Die Vertreterin des Ausländerbeirates, Frau Savazian, bittet um das Rederecht für einen Wortbeitrag.

Ausschussvorsitzende Pfannmüller lässt hierüber abstimmen. Die Anwesenden stimmen dem Rederecht einstimmig zu. Die Vorsitzende übergibt Frau Savazian das Wort.

Frau Savazian gibt zu bedenken, dass behindertengerechter, barrierefreier (öffentlich geförderter) Wohnraum ebenfalls absolute Mangelware und hierfür ebenfalls eine verbindliche Quote zu empfehlen sei.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzende Pfannmüller über den unveränderten Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Bei Neubauprojekten ist sicherzustellen, dass mit dem Bauherrn ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen wird, zur Bereitstellung von 25% der Geschossfläche (i.S.d § 20 Abs. 3 BauNVO) für den geförderten Mietwohnungsbau. Keine Anwendung findet die Quote beim Bauen für den eigenen Bedarf – also beim Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern. Außerdem auch nicht bei bestehenden Bebauungsplänen und im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB). Bestehende Baurechte bleiben von der Quotenregelung unberührt.
2. Alternativ kann der Bauherr für 25% der Geschossfläche eine Ablösesumme in Höhe von 700 €/qm an die Stadt zahlen. Die Einnahmen sind von der Stadt zweckgebunden an die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft (WoBau) auszuführen, um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (Nettokaltmiete bis 8,50 €/m<sup>2</sup>) zu finanzieren. Die Ablösesumme und die Nettokaltmiete sind jährlich zu überprüfen und ggf. anzupassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 5 Nein 4 Enthaltung 0

**Beschlussentwurf:**

1. Zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben der Stadt, die die Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen berühren, wird ein Jugendrat eingerichtet.
2. Der als Anlage beigefügten Geschäftsordnung für den Jugendrat der Stadt Friedberg (Hessen) wird zugestimmt.

Vorsitzende Pfannmüller ruft den Tagesordnungspunkt auf. Bürgermeister Antkowiak dankt der Ersten Stadträtin Götz sowie Frau Zehbe und Herrn Hölzinger von der Jugendpflege für die umfangreiche und sehr gute Ausarbeitung. Erste Stadträtin Götz verweist inhaltlich auf die Beschlussvorlage und unterstreicht deren Notwendigkeit im Rahmen der Demokratieförderung. Zur weiteren Erläuterung übergibt sie das Wort an Frau Zehbe von der Jugendpflege.

Im Rahmen einer Power-Point-Präsentation stellt Frau Zehbe die avisierte „Jugendpartizipation nach HGO“ dar. Hierbei geht sie unter anderem auf die gesetzliche Grundlage, vorhandene Studien (auszugsweise), das Konzept (z. B. Aufgaben und Rechte, Zusammensetzung, Wahl, Sitzverteilung) sowie das erforderliche Budget ein.

Die Mitglieder diskutieren jeweils im Verlauf der Präsentation über verschiedenste Aspekte des Konzeptes – zum Beispiel Anzahl der Sitze, Wahlablauf und -dauer sowie die Begrifflichkeit Jugendliche.

Mitglied Haizmann schlägt vor, über Nr. 1 und 2 im Beschlusstext einzeln abzustimmen. Der Geschäftsordnung in dieser Form könne er aufgrund der dort verwendeten Begrifflichkeit „Jugendliche“ nicht zustimmen, da 13-Jährige rechtlich keine Jugendlichen, sondern Kinder seien. Erste Stadträtin Götz erläutert, dass im Interesse der textlichen Vereinfachung der Begriff „Jugendliche/r“ bewusst als Sammelbegriff für die wahlberechtigte Altersgruppe der 13 – 17-Jährigen verwendet wurde, auch wenn formalrechtlich junge Menschen erst ab einem Alter von 14 Jahren als „Jugendliche“ bezeichnet würden und 13-Jährige als „Kinder“ einzustufen seien. Die Verwendung des Begriffs in der Geschäftsordnung entspreche zudem auch der tw. in der Fachliteratur verwendeten Begrifflichkeit für diese Altersgruppe. Unabhängig davon bietet sie an, die Worte „Kinder und“ an den betreffenden Textstellen zu ergänzen. Hiermit ist Mitglied Haizmann einverstanden.

Die Ausschussvorsitzende dankt der Ersten Stadträtin sowie den Verwaltungsmitarbeitenden für die umfassende Präsentation und Vorlage und lässt den Ausschuss über die Beschlussvorlage Nr. 21-26/0764 unverändert abstimmen.

**Beschluss:**

1. Zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben der Stadt, die die Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen berühren, wird ein Jugendrat eingerichtet.
2. Der als Anlage beigefügten Geschäftsordnung für den Jugendrat der Stadt Friedberg (Hessen) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**5. Verschiedenes**

**5.1. Verschiedenes;  
hier: Behindertenparkplätze und Behindertentoilette**

Die Vertreterin des Ausländerbeirates, Frau Savazian, fragt nach dem Sachstand hinsichtlich der wenig behindertenfreundlichen Behinderten-Parkplätze und Behindertentoilette auf der Kaiserstraße sowie den Ampelübergängen am Bahnhofsvorplatz. Sie nimmt Bezug auf die Ausschuss-Sitzung JSSSK/009/21-26 vom 06.09.2022 (TOP 4). Demnach wollte sich Bürgermeister Antkowiak der Angelegenheit annehmen. Bis dato hat sie keine Rückmeldung erhalten.

Bürgermeister Antkowiak –der zu diesem TOP nicht mehr anwesend war– wird gebeten, Frau Savazian eine schriftliche Antwort zu erteilen.

**5.2. Verschiedenes;  
hier: Sachstand Seniorenbeiratswahl**

Ausschussmitglied Schremmer fragt nach dem Sachstand und die weitere Verfahrensweise hinsichtlich der Seniorenbeiratswahl.

Ausschussmitglied Dr. Bechstein-Walther, als Stellvertretung der Ausschussvorsitzende im Seniorenbeirat, teilt mit, dass die konstituierende Sitzung des Seniorenbeirats stattgefunden hat. Allerdings habe sich niemand zur Wahl als Vorsitzende/r aufstellen lassen. Nunmehr sei die Ansetzung einer erneuten Wahl erforderlich. Termin steht noch nicht fest. Hierzu sollen auch die Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieder des Seniorenbeirats eingeladen werden.

**5.3. Verschiedenes;  
hier: Fehlender Informationsfluss Rathaus-Seniorenbeirat; unerledigte Anfragen und Anträge**

Mitglied Haizmann nimmt Bezug auf den Presseartikel „Seniorenbeirat sucht Vorsitzende/n“ in der Wetterauer Zeitung am 24.04.2023 und bittet den Magistrat um Auskunft zum Sachstand der unerledigten Anträge und Anfragen des Seniorenbeirates in der vergangenen Legislaturperiode.

Die Vorsitzende Pfanmüller dankt allen Anwesenden für ihr Kommen und schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

\_\_\_\_\_  
gez.: Pfanmüller  
(Vorsitzender)

\_\_\_\_\_  
gez.: Kopsch  
(Schriftführer)